



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Medienentwicklungsplanung an Schulen praxistauglich gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass mit dem DigitalPakt Schule erste Voraussetzungen geschaffen wurden, digitale Schulentwicklungsprozesse an den Schulen flächendeckend zu initialisieren. Grundvoraussetzung für die Umgestaltung der formalen Bildungsprozesse ist die Überprüfung und Erweiterung der Lehr- und Lernformen, der Lernumgebungen sowie der Bildungsziele.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Fachstelle zur gemeinsamen, unabhängigen Beratung für Schulen und Schulträger in Sachsen-Anhalt einzurichten, die den Prozess der Medienentwicklungsplanung an Schulen vorbereitet und begleitet.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Schulträgern bei nachgewiesenem Mehrbedarf eine vollständige Umsetzung der Vernetzung und Ausstattung mit IT-Systemen an den jeweiligen Schulstandorten aus Landesmitteln zu ermöglichen und dafür für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 jeweils 15 Mio. Euro bereitzustellen und für die nachfolgenden Haushaltsjahre bis 2024 Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 20 Mio. Euro auszubringen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bildung und Kultur fortlaufend über den Verlauf der flächendeckenden Medienentwicklungsplanung an den Schulen in Sachsen-Anhalt zu berichten.

Begründung

Die Medienentwicklungsplanung an den Schulen im Land ist heute auf einem sehr heterogenen Stand. Es gibt einige Schulen, die sich bereits vor Jahren auf den Weg gemacht haben, ein umfassendes Medienkonzept an ihrem Standort zu entwickeln. Diese Schulen verfügen bereits über umfangreiches Erfahrungswissen und haben sich teilweise auch in einem multiprofessionellen Fachnetzwerk zusammengeschlossen.

(Ausgegeben am 18.09.2019)

Viele andere Schulstandorte stehen jedoch noch am Beginn ihrer Planung. Auch die Schulträger und eingestellte IT-Experten verfügen oftmals über keinerlei Erfahrung der praxistauglichen, pädagogisch fundierten IT-Ausstattung von Schulen.

Mit dem DigitalPakt Schule wird es nun möglich, die digitale Bildungsinfrastruktur an allen Schulen im Land wesentlich zu verbessern. Die Gefahr der Überforderung für Schulen und Schulträger ist aufgrund des sehr komplexen Prozesses und des unterschiedlichen Entwicklungsstandes an den Schulen sehr hoch.

Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, praxistaugliche Herangehensweisen zu entwickeln und den gesamten Prozess langfristig für sich nutzbar zu machen, benötigen sie Unterstützung. Bisher gibt es keine neutrale Beratung von Schulen und Schulträgern, die die Medienentwicklungsplanung an den Schulen im Land flächendeckend begleitet. Eine unabhängige Fachberatungsstelle kann auf Grundlage von Praxiserfahrungen und basierend auf pädagogischen Kriterien die Schulen dahingehend beraten und begleiten, eine flexible und zukunftssichere, ihrem Standort entsprechende digitale Bildungsinfrastruktur aufzubauen. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist dies der einzige erfolgsversprechende Weg, um dem KMK-Strategiepapier zur „Bildung in der Digitalen Welt“ als handlungsleitendes Konzept der Medienentwicklungsplanung von Schulen zu entsprechen. Hier gibt es bereits im Land ein Fachnetzwerk bestehend aus Lehrkräften, Schulleitenden, Vertreterinnen und Vertretern der Schulträger, der Universitäten und außerschulischer Partner als auch IT-Experten mit praktischer Erfahrung in Anwendungsprofilen von Schulen.

Darüber hinaus deuten von den Kommunen vorgenommene Kostenermittlungsverfahren, die den tatsächlichen Bedarf einer IT-Grundausstattung an Schulen sowie deren strukturierte digitale Vernetzung ermitteln, bereits jetzt auf Gesamtkosten hin, die deutlich höher sind als die zugewiesenen Mittel aus dem DigitalPakt Schule. Die meisten Kommunen werden nicht in der Lage sein, neben der geforderten Eigenbeteiligung von 10 Prozent an den DigitalPakt-Mitteln diese weiteren Investitionen aufzubringen.

Um die Förderung des DigitalPakts Schule effizient zu nutzen und zu einer flächendeckenden Verbesserung der digitalen Bildungsinfrastruktur auf gleichem Niveau an allen Schulen in Sachsen-Anhalt zu kommen, bedarf es einer Absicherung durch eine ergänzende finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln. Damit soll verhindert werden, dass die Medienentwicklungsplanung aufgrund fehlender finanzieller Mittel unvollständig abgeschlossen werden muss.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender